

KONTAKTLINSEN
 • kompetente Beratung
 • individuelle Anpassung
 • Pflegemittel

kompetent & individuell

SIEGERIST
 AUGENOPTIK

Bahnhofstraße 53 · 75417 Mühlacker
 Telefon 07041 2249

MÜHLACKER TAGBLATT

heute
**das Wetter
 in der Region**

**Dienstag
 14. Januar 2020**

67. Jahrgang
 Nr. 10, E 4984 A

1,90 €

Mühlacker

Das Krankenhaus arbeitet in der Palliativmedizin mit mehreren ambulanten Partnern zusammen

► Seite 7

Mühlacker



Archivfoto: Huber

Feuerwehr-Kommandant Philipp Baumann verlässt Mühlacker und wechselt nach Nordrhein-Westfalen

► Seite 5

Lokalsport

Die Handballerinnen der SG Niefern/Mühlacker starten erfolgreich in das Pflichtspieljahr

► Seite 11

Sport



Foto: Imago/Baumann

Einmal Liverpool und zurück: Nat Phillips ist wieder beim VfB

Wirtschaft

Camper und Caravans: gefragt wie nie zuvor

Stuttgart

Messerattacke in Stuttgart: Am Josef-Hirn-Platz häufen sich die Vorfälle

Börse

Dax	Euro Stoxx 50	Euro
13451,52 Pkt. -31,79 Pkt.	3779,68 Pkt. -9,84 Pkt.	1,1126 Dollar + 0,35 Cent

Wetter

Mittags 13°
 Nachts 1°
 Teils locker, teils stärker bewölkt, böiger Wind
 Stuttgart: Feinstaubalarm



Queen steht Harry bei

Die britische Königin Elizabeth II. hat auf einer familiären Krisensitzung Prinz Harry und Herzogin Meghan ihren Segen für deren neue Pläne gegeben. Doch heikle Fragen müssen in den nächsten Tagen noch geklärt werden. Dabei geht es vor allem auch ums liebe Geld.



Foto: AP/Oli Scarff

Agrarproteste: Klöckner warnt vor Radikalisierung

Bauern wehren sich – Hauk: Proteste im Land zeugen von generellem Verdruss über Bundespolitik

Kurz vor der Grünen Woche hat Bauernpräsident Joachim Rukwied mehr Anerkennung für die Arbeit von Bauern gefordert. Dennoch stünden sie in der Kritik. „Das trifft uns sehr.“

VON CHRISTOPH LINK

STUTT GART. Die Protestbewegung der Bauern, Land schafft Verbindung, hat Vorwürfe von Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) über eine zunehmende Radikalisierung der Proteste zurückgewiesen. Vor dem Beginn der Grünen Woche in Berlin hatte Klöckner die radikalen Töne „rund um die Landwirtschaft“ kritisiert.

Das gelte sowohl für agrarkritische Nichtregierungsorganisationen als auch manche Bauernproteste, sagte sie der „Neuen Osnabrücker Zeitung“. Auch unter Landwirten gebe es „radikale Aufrufe, vor allem in den digitalen Netzwerken“. Dabei werde etwa behauptet, Deutschland sei kein Rechtsstaat mehr.

Thomas Frenk, der Pressesprecher des baden-württembergischen Verbands von Land schafft Verbindung, wies die Kritik zurück. „Es gibt immer Einzelpersonen, die sich als Schreiöhse hervortun. Das betrifft jede Bewegung“, sagte er unserer Zeitung.

Auch Baden-Württembergs Agrarminister Peter Hauk (CDU) äußerte sich ähnlich: „Ich sehe bei uns in Baden-Württemberg keine Radikalisierung.“ Die Bauernproteste

zeugten von einem „generellen Verdruss“ gegenüber der Agrarpolitik, und das von der Umweltministerin Svenja Schulze (SPD) und Klöckner ausgehandelte Agrarpaket nähere ihn. „Die Zielsetzungen stimmen: weniger Nitrate und mehr Artenschutz. Aber wir brauchen mehr Spielraum in den Ländern und Ausnahmen für die Regionen.“

Rund um die am Freitag beginnende Agrarmesse sind mehrere Demonstrationen angemeldet. So wollen Landwirte den aktuellen Bauernprotest fortsetzen. In Stuttgart soll eine Kundgebung um 11 Uhr auf dem Cannstatter Wasen beginnen. Zudem kommt es zu einer Neuauflage der agrarkritischen Demo „Wir haben es satt!“, die eine Agrarwende will und zu der am Samstag 10 000 Demonstranten in Berlin erwartet werden.

Hohe Förderung für Austausch der alten Ölheizung

STUTT GART (Zz). Mit der von der Bundesregierung beschlossenen Abgabe auf CO₂-Emissionen verteuert sich künftig auch Heizöl. Zum Ausgleich winken seit Anfang des Jahres kräftige Zuschüsse, wenn Hausbesitzer eine Ölheizung durch eine umweltfreundlichere Heizungsform ersetzen: Dann übernimmt das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle bis zu 45 Prozent der Investitionskosten.

Zusätzlich zu dieser Förderung winken in der Stadt Stuttgart weitere direkte Zuschüsse beim Austausch einer alten Ölheizung, zum Beispiel 5000 Euro für die Installation einer Erdwärmesonde. Bevor sich Hausbesitzer allerdings für einen Austausch ihrer Heizung entschließen, empfiehlt sich der Gang zu einem Energieberater oder zur Verbraucherzentrale.

Berlin ist eine Wucht

Aus Hotels wird ja alles Mögliche geklaut. In Berlin-Fennpfuhl haben Unbekannte jetzt einen Geldautomaten aus der Lobby eines Hotels mitgehen lassen. Am Sonntag – frühmorgens kurz nach 6 Uhr – kamen die Täter mit einer Sackkarre ins Hotel, wuchteten den Automaten in ein Fluchtfahrzeug vor der Tür und verschwanden auf Nimmerwiedersehen. Woher wir das alles wissen? Mehrere Hotelgäste wurden Augenzeugen des Vorfalls, schritten aber nicht ein. Die Polizei rät in solchen Fällen ja auch dazu, nicht den Helden zu spielen. Zudem könnte es im konkreten Fall auch so gewesen sein, dass der eine oder andere Hotelgast vor einer Meldung an die Polizei erst mal seine bereits im Koffer versteckten Hotel-Handtücher in Sicherheit bringen wollte. (rai)



Klimaschützer protestieren gegen Siemens

MÜNCHEN (dpa). Umweltschützer laufen weiter Sturm gegen die Entscheidung von Siemens, an der Lieferung einer Zugsignalanlage für ein umstrittenes Kohlebergwerk in Australien festzuhalten. Die Klimaaktivisten von Fridays for Future demonstrierten am Montag in zahlreichen Städten. Zudem kündigten sie Proteste für die Siemens-Hauptversammlung am 5. Februar an. Bis Montagabend waren einer Sprecherin zufolge insgesamt 15 Demonstrationen gegen das Dax-Unternehmen geplant.

Siemens-Chef Joe Kaeser hatte nach einer erneuten Prüfung verkündet, am Auftrag des Industriekonzerns Adani festhalten zu wollen – trotz heftiger Kritik. Er begründete dies unter anderem damit, dass Siemens zu seinen vertraglichen Pflichten stehen müsse.

► Leitartikel Seite 2

EU kämpft gegen Müllberg durch Handy-Ladegeräte

Verkauf von Endgeräten und Steckern zum Aufladen soll entkoppelt werden

VON MARKUS GRABITZ

BRÜSSEL. Wer ein neues Handy kauft, bekommt auch ein neues Ladekabel dazu. Das verursacht einen Kabelsalat im Haushalt – und jede Menge Müll. Die EU-Kommission in Brüssel will nun diesen Wirrwarr beenden. Wie zu hören ist, will sie aber nicht einen einheitlichen technischen Standard für das Ladegerät vorschreiben. Diese Forderung wird im Europaparlament prominent vertreten. Vielmehr will sie nach Informationen unserer Zeitung, den Verkauf des Handys, Tablets und aller anderen mobilen Endgeräte gesetzlich vom Verkauf des Ladegeräts abkoppeln.

Das Aufkommen an Elektroschrott würde dann reduziert, weil Verbraucher nicht mehr bei jedem Handykauf ein Ladegerät gratis dazu bekäme. Sie würden sich vielmehr nur dann ein neues Ladegerät kaufen müssen, wenn es verloren ginge oder das neue Handy aus technischen Gründen einen anderen Stecker verlange.

Kommentar

Schnelles Geld?

Länder sollten Tempo der Finanzämter stärker angleichen

VON KLAUS KÖSTER

Die Zahl lässt aufhorchen: Zwischen 27 und 85 Tagen vergehen zwischen der Einreichung einer Einkommensteuererklärung und dem Bescheid – je nach Finanzamt, mit dem man es zu tun bekommt. Auch in Baden-Württemberg sind die Unterschiede beträchtlich, und selbst innerhalb Stuttgarts machen sie noch rund 20 Tage aus. Das kann die Bürger be- oder entlasten – je nachdem, ob auf sie eine Erstattung warten oder aber eine Nachzahlung ansteht.

Ob die Finanzämter am oberen Rand der Skala besonders schnell sind oder die am unteren Bereich besonders langsam, liegt zwar im Auge des Betrachters. Doch offenkundig sind die einzelnen Behörden in sehr unterschiedlichem Ausmaß in der Lage, den Ansturm an Steuererklärungen zeitnah zu bewältigen. Das liegt allerdings auch daran, dass einzelne Länder ihre Ämter unterschiedlich ausstatten. Und es macht auch einen Unterschied, ob in einer Region viele Vermieter sitzen, deren Steuern kompliziert zu ermitteln sind – oder ob viele Fälle weitgehend automatisiert bearbeitet werden können.

Die Idee einer bundesweiten Steuerverwaltung könnte auf den ersten Blick Abhilfe schaffen, hätte aber ihrerseits Schwächen. Sie könnte zwar dazu führen, dass die Ausstattung und die Leistungsfähigkeit eines solchen Bundesfinanzamts einem festgelegten Standard folgt. Doch ob diese Angleichung dann nach oben oder nach unten stattfindet, ist eine ganz andere Frage. Denn das föderale System erlaubt Vergleiche, die in einem bundesweiten System so nicht mehr möglich wären. Das zeigt sich nicht zuletzt im Bildungssystem, wo Länder mit schwächeren Schulleistungen sich angestachelt fühlen dürfen, sich in der Rangliste nach oben zu bewegen. Warum sollte dies nicht auch beim Fiskus gehen?

klaus.koester@stuttgarter-nachrichten.de

Finanzämter: Große Unterschiede beim Tempo

Laut Erhebung liegen Bearbeitungszeiten zwischen 27 und 85 Tagen – Ministerium hält Daten für schwer vergleichbar

VON KLAUS KÖSTER

STUTT GART. In Baden-Württemberg müssen Bürger länger auf ihren Steuerbescheid warten als im Bundesschnitt. Nach einer Auswertung durch das Portal Lohnsteuer-kompakt.de, das den Weg von 400 000 Steuererklärungen verfolgte, liegen fünf der zehn langsamsten Finanzämter im Südwesten.

Im Durchschnitt bearbeiteten die Finanzbehörden im Land Einkommensteuererklärungen nach 57 Tagen, während die Bearbei-

tungsdauer bundesweit bei 55 Tagen liegt. Das schnellste Finanzamt der Region, Stuttgart III, brauchte im Durchschnitt 43 Tage, während das Amt Stuttgart I 73 Tage benötigte. Das langsamste Finanzamt im Land sitzt demnach in Baden-Baden (83 Tage), etwas schneller sind Oberndorf (79), Mannheim-Neckarstadt (79), Donaueschingen (77), Lörrach (77) und Bühl (76).

Das Finanzministerium Baden-Württemberg hält die Zahlen nur für begrenzt vergleichbar. So hänge die Bearbeitungszeit da-

von ab, ob viele Bürger die Erklärungen innerhalb kurzer Zeit abgeben, was die Bearbeitung verlängere, erklärte eine Sprecherin. Zudem gebe es Finanzämter mit Sonderzuständigkeiten, etwa in Grenznähe. Auch Kranken- und Urlaubstände, Mitarbeiter in der Einarbeitungszeit, Elternzeiten und Pensionierungen spielten eine Rolle.

Nach Einschätzung der Deutschen Steuergewerkschaft unterscheiden sich die einzelnen Ämter auch mit Blick auf die Komplexität der Fälle. In städtischen Gebie-

ten gebe es einen höheren Anteil an komplexen Fällen wie ausländischen Vermögen, sagte der Bundesvorsitzende Thomas Eigenthaler unserer Zeitung. Unter dem Strich führe auch die neue Regelung, wonach Belege nur noch auf Anforderung vorgelegt werden müssen, für Verzögerungen, da es in diesem Fall meist Wochen dauere, bis die Belege vorliegen. Auch die Nichtbesetzung von bundesweit 6000 Stellen führe zu Verzögerungen. Das entspreche 30 Finanzämtern.

► Kommentar